SOZIALVERBAND VdK BAYERN

unabhängig. solidarisch. stark.

Sommerpressekonferenz des Sozialverbands VdK Bayern

Donnerstag, 24. Juli 2025

Statement

Verena Bentele

Präsidentin Sozialverband VdK Deutschland
Landesvorsitzende Sozialverband VdK Bayern

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch ich begrüße Sie sehr herzlich zur Sommerpressekonferenz des VdK Bayern.

Ist Bayerns soziale Infrastruktur fit für die Zukunft?
Das ist eine zentrale Frage. Denn es ist immer zu kurz gesprungen, wenn sich Zukunftsfragen nur auf die Wirtschaft beziehen und den Menschen nicht mitnehmen.

Also: Wie fit ist das soziale Bayern? Dazu fällt mir als frühere Leistungssportlerin eine Menge ein. Drei Komponenten gehören zur Fitness: **Kraft**, **Kondition** und **Koordination**.

Stichwort **Kraft**:
Um kräftig und leistungsfähig zu werden, brauchen die Menschen vom Start weg einen starken und fairen Sozialstaat, der ihnen gute Bedingungen zum Wachsen und Gedeihen gibt.

Doch schon bei den Startchancen für die Kleinsten hapert es in Bayern gewaltig. Ich nenne exemplarisch die fehlenden Kinderbetreuungsplätze und damit die fehlende vorschulische und außerschulische Förderung. Das macht es Kindern aus nicht-privilegierten Familien extrem schwer, in das durchaus anspruchsvolle bayerische Schulsystem gut einzufädeln und dort zu bestehen.

Dabei gäbe es gute Instrumente, um Herkunftsnachteile auszugleichen. Auf die – wie ich finde zu Unrecht geschmähte – Kindergrundsicherung konnte sich aber schon die Ampelregierung nicht einigen. Hier in Bayern war der Widerstand der CSU und namentlich der Sozialministerin Ulrike Scharf groß. Gerne verwies die Staatsregierung in den Diskussionen über eine Kindergrundsicherung auf die in Bayern ausgezahlten freiwilligen Kinder- bzw. Familienförderungen, also auf das Familiengeld und das einkommensabhängige Krippengeld.

Wohl dem, der in Bayern lebt? Nun ja. Es sind freiwillige Leistungen, die sich jederzeit wieder zurückziehen lassen. Und genau das passiert jetzt.

Ausgerechnet bei den Kleinsten soll jetzt also gespart werden. Ab Januar 2026 soll es statt Familien- und Krippengeld eine Leistung mit dem schönen Namen „Kinderstartgeld“ geben. Alle Familien erhalten dann einmalig zum ersten Geburtstag 3000 Euro je Kind. Der Haken aus meiner Sicht: Die 3000 Euro gibt es ganz pauschal für die reichen wie die armen Familien. Es ist also kein sozialer Ausgleich geplant. Für Familien mit niedrigen Einkommen bedeutet diese Änderung de facto eine Kürzung um rund 5400 Euro im Vergleich zu den bisherigen Leistungen je Kind. Die geplante Einmalzahlung berücksichtigt die alltäglichen Bedürfnisse der Kinder nicht. Auf der Strecke bleiben die frühkindliche Förderung, die Versorgung mit hochwertigen Nahrungsmitteln und die Betreuung. Wie soll man da Kraft fürs Leben aufbauen?

Das Versprechen der Staatsregierung lautet, das eingesparte Geld würde in den Ausbau von Kinderbetreuung gesteckt. Zweckgebundene Ausgaben sind aber nicht festgelegt worden, und ohnehin ist diese Aussage zynisch für Familien, die das Geld jetzt für die Kinderbetreuung bräuchten, nicht irgendwann später.

Die Forderung des VdK Bayern lautet: Statt mit dem Prinzip Gießkanne zu hantieren, sollte das Geld im Kinderstartgeld-Topf sozial gerecht verteilt werden. So bekommen diejenigen Familien mehr Geld, die es nötiger haben. Beim Krippengeld war das bisher ja auch möglich.

Schlechte Startchancen für Kinder führen in Einkommensarmut und später in Altersarmut. Wer mit schlechten Voraussetzungen in die schulische Laufbahn startet, verliert schnell den Anschluss. 16,2 Prozent aller Kinder und Jugendlichen (bis 18 Jahre) in Bayern sind armutsgefährdet (Zahlen nach Landesmedian).

Armut in Bayern ist kein Ausdruck persönlichen Versagens, sondern hat strukturelle Ursachen.

Beruflich geraten Frauen in Bayern wegen fehlender Kinderbetreuungsmöglichkeiten besonders stark ins Hintertreffen. Aus Mini-Einkommen werden Mini-Renten. Laut Statistik sind in Bayern 24,5 Prozent aller Frauen ab 65 Jahren armutsgefährdet.

Das Schlimme ist: An diesen Zahlen rührt sich nichts. Seit Jahren nicht. Aktuell klafft bei Neurenten zwischen Männern und Frauen in Bayern eine Rentenlücke von etwa 450 Euro bei der gesetzlichen Rente. Mit durchschnittlich 905 Euro starteten Frauen 2023 in ihr Rentnerinnenleben, Männer mit 1350 Euro.

Auch die Männerrenten sind nicht gerade üppig, wenn man weiß, dass in Bayern die Armutsgefährdungsschwelle für einen Ein-Personen-Haushalt bei 1322 Euro liegt.

Und selbst unter denjenigen, die es schaffen, mindestens 45 Versicherungsjahre vorzuweisen, fallen die Renten nicht hoch aus. Männer in Bayern kommen dann nur auf 1802 Euro und Frauen auf 1417 Euro Altersrente. Mit diesen Summen liegt, das hat eine Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken ergeben, Bayern an vorletzter Stelle der westdeutschen Länder. Hinter uns kommt nur noch Niedersachsen.

ABER, werden viele jetzt anmerken, die Leute haben doch mehr als ihre gesetzliche Rente: eine Betriebsrente, private Altersvorsorge. Trotzdem: Die gesetzliche Rente ist für die meisten Menschen in Bayern der größte Teil ihrer Altersvorsorge, gerade für viele, die eher wenig verdient haben, oft wirklich der einzige. Deshalb muss das Versprechen, mit der gesetzlichen Rente gemäß des während des Arbeitslebens erzielten Einkommens im Alter gut leben zu können, unbedingt gehalten werden. Dieses Grundvertrauen darf nicht erschüttert werden.

Wird es aber. Aktuell mit der Diskussion um den „Boomer-Soli“, den das DIW in die Diskussion gebracht hat. Sie haben es sicher gelesen: Menschen mit guten Alterseinkommen sollen über eine Sonderabgabe auf ihr Einkommen oberhalb von etwa 1000 Euro etwas an ärmere Rentnerinnen und Rentner abgeben.

Zudem lenken solche Forderungen vom eigentlichen Problem ab. Wenn schon Umverteilung, dann an der richtigen Stelle. Wir als größter Sozialverband fordern einen „Reichen-Soli“, also eine faire Besteuerung von höchsten Vermögen und Erbschaften. Denn der oft anstrengungslos erworbene Reichtum, der überreichen Menschen fernab des Eckrentner-Daseins einen feinen Lebensabend garantiert, wird in Deutschland vom Fiskus immer höchstens milde angefasst.

Zur Fitness gehört nicht nur Kraft, sondern zweitens auch eine gute **Kondition**.

Und um eine gute soziale Infrastruktur in Bayern zu schaffen, braucht es wahrlich eine gute Kondition. Man muss langfristiger planen, also über den Tag oder die Legislaturperiode hinaus. Doch unbequeme Entscheidungen schaden offenkundig dem politischen Tagesgeschäft.

Gesundheit und Pflege gehören zur Daseinsvorsorge. Die Staatsregierung agiert meines Erachtens quälend langsam, um die strukturellen Herausforderungen anzupacken. Bei der Umsetzung der Krankenhausreform hinkt der Freistaat Jahre in der Planung hinterher. Dabei häufen sich die Insolvenzen kleiner Kliniken, die Unsicherheit in der Bevölkerung wächst.

Die Krise der Kliniken trifft gerade im ländlichen Raum auf eine löchriger werdende Gesundheitsversorgung. Hausarztpraxen schließen mangels Nachfolger, Facharztpraxen sind Mangelware. Hinter dem Kürzel MVZ für Medizinische Versorgungszentren stehen nicht selten gewinnorientierte Unternehmen, die gut laufende Praxen aufkaufen und mit lukrativem Leistungsportfolio „optimieren“. Vor allem ältere Patientinnen und Patienten bleiben auf der Strecke.

Die Lage der pflegerischen Versorgung spitzt sich derweil weiter zu. Pflegebedürftigkeit hat sich zum Schreckensszenario für Betroffene und ihre Angehörigen entwickelt. In ländlichen Regionen Bayerns einen ambulanten Dienst zu bekommen, ist inzwischen ein Lotteriespiel. Viele Pflegeheime in Bayern haben Aufnahmestopp. Unsere Kolleginnen, die das VdK-Pflegeberatungstelefon betreuen, berichten, dass es für Pflegebedürftige längst nicht mehr darum geht, in ein gutes Heim zu kommen, sondern nur noch, irgendeinen Heimplatz zu ergattern. Und die zustehenden Leistungen für daheim versorgte Pflegebedürftige auf Kurzzeit- und Verhinderungspflege können häufig mangels Angebots an Plätzen nicht abgerufen werden. Hier rächt sich, dass der Staat die Verantwortung für das Anbieten von Pflegeleistungen der freien Wirtschaft überlassen hat. Diese Entscheidung mag vor über 30 Jahren sachgerecht gewesen sein, hat uns aber in eine Sackgasse geführt.

Der Sozialverband VdK fordert, die pflegerische Daseinsvorsorge zur kommunalen Pflichtaufgabe zu machen, ausfinanziert von Bund und Ländern. Es geht um die konkrete Pflegeplanung und Pflegesteuerung vor Ort. Aktuell kommen die Länder ihrer im Gesetz festgelegten Verantwortung zur Sicherstellung der Pflegeversorgung nicht nach. Stattdessen bestimmt der Markt oder nicht selten der Zufall, welche Pflegeangebote es konkret vor Ort gibt.

Wir appellieren an den Freistaat Bayern, bei den anstehenden Verhandlungen in der Kommission zur Pflegereform die kommunale Pflegeversorgung als Pflichtaufgabe mit aufzunehmen. Sonst steuern wir mit Ansage auf eine pflegerische Katastrophe zu.

Es lässt sich ziemlich leicht ausrechnen, wo genau in Bayern die Pflegeversorgung in nicht allzu ferner Zukunft zu kollabieren droht. Der größte Pflegepersonalmangel wird den Kreisen Straubing-Bogen, Rhön-Grabfeld, Bad Kissingen, Haßberge, Bamberg, Tirschenreuth, Cham und Rottal-Inn vorausgesagt. Zudem spitzt sich die gesundheitliche und pflegerische Versorgung in den Regionen besonders zu, in denen die Bevölkerung schon seit Jahren schrumpft und älter wird als im Durchschnitt Bayerns. Höchst alarmierend ist die erwartete Bevölkerungsentwicklung in den Landkreisen Kronach, Hof, Wunsiedel und Tirschenreuth. Doch eigentlich bleibt keine bayerische Kommune vom Pflegenotstand verschont, auch die Großstädte nicht. Fachkräftemangel gibt es überall, der Anteil älterer Menschen wächst überall in Bayern im Lauf der kommenden 20 Jahre.

Aktuell gehen die Kosten der stationären Versorgung durch die Decke. Nach den Zahlen des Verbands der Ersatzkassen vdek beträgt in Bayern der Eigenanteil für das erste Jahr im Pflegeheim durchschnittlich 3094 Euro pro Monat. Das sind 280 Euro mehr als noch vor zwölf Monaten. Die Mehrkosten gehen auf die Posten Unterkunft und Verpflegung, Investitionskosten und Ausgaben für das Pflegepersonal inklusive Ausbildungskosten zurück. Laut vdek könnten Pflegebedürftige um 428 Euro monatlich entlastet werden, wenn der Freistaat Bayern – wie gesetzlich vorgesehen – die Investitionskosten übernehmen würde. Darüber hinaus schlagen die Ausbildungskosten mit durchschnittlich 128 Euro pro Monat zu Buche. Würde sich der Staat seinen Aufgaben gemäß beteiligen, wären durchschnittlich also 556 Euro Entlastung möglich.

Vergessen wir nicht: 3094 Euro pro Monat plus die Kosten, die von der Pflegeversicherung getragen werden, garantieren den Pflegebedürftigen nicht einmal einen Standard, der über „satt und sauber“ hinausgeht. Im Gegenteil: Fälle von Vernachlässigung oder gefährlicher Pflege gibt es leider in Bayern immer noch.

Wäre die pflegerische Versorgung Pflichtaufgabe der Kommunen, würde das deren Rolle bezüglich Kosten- und Qualitätskontrolle von stationären Pflegeeinrichtungen stärken und den Bürgerinnen und Bürgern mehr Sicherheit vermitteln. Eine vergleichbare kommunale Pflichtaufgabe, die es heute schon gibt, genügend Betreuungsangebote für Kinder und Jugendliche bereitzustellen. Genau wie dort könnten und müssten bei der Pflege passgenaue, sektorenübergreifende Lösungen gefunden werden. Das heißt: Es müssen neben den klassischen Pflegeheimen und ambulanten Pflegediensten zum Beispiel die regionale Klinik als wichtige Schnittstelle zur Pflege (Stichwort Krankenhausreform) ebenso in den Blick genommen werden wie die ambulante ärztliche Versorgung sowie ehrenamtliche Hilfsstrukturen.

Um das hinzubekommen, braucht es eine ordentliche Kondition. Also einen langen Atem, damit alle Akteure einbezogen werden. Die Menschen in Bayern haben – unabhängig von ihrem Wohnort – das Recht auf gleichwertige Lebensverhältnisse. Die Politik hat die Pflicht, dies umzusetzen. Bei der steigenden Zahl von Pflegebedürftigen in Bayern jetzt und künftig auf die Langmut und unendliche Belastbarkeit von Angehörigen zu setzen – davor kann ich nur warnen. Die Angehörigen sind jetzt schon am Limit.

Deshalb halte ich es für sehr schlechten Stil, das bayerische Landespflegegeld im kommenden Jahr um die Hälfte, also auf 500 Euro, zu kürzen. Und durch einen kleinen bürokratischen Trick – nämlich die Verschiebung des Stichtags für die Auszahlung von Oktober auf Januar eines Jahres – schon dieses Jahr de facto zu kürzen. Ja, das Landespflegegeld ist wie die bereits genannten Familienleistungen eine freiwillige Sozialleistung des Freistaats. Doch die Lage für Pflegebedürftige und ihre Familien ist in Bayern angespannter denn je.

Genauso wie beim geplanten Kinderstartgeld verweist die Staatsregierung bei der Halbierung des Landespflegegelds darauf, man werde das gesparte Geld in pflegerische Infrastrukturmaßnahmen stecken. Ähnlich wie beim Sondervermögen des Bundes ist aber kaum nachvollziehbar, was hier wirklich zusätzlich an ohnehin geplanten Investitionen geleistet wird. Für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen wäre es aber ohnehin nur ein fader Trost. Denn die Betroffenen werden schwerlich Zeit haben, darauf zu warten, bis endlich genügend Kurzzeitpflege- und Tagespflegeplätze in Bayern gebaut sind.

Zur Fitness gehört drittens das Trainieren von **Koordination**.
Viele sagen, das sei der schwierigste Teil am Fitnesstraining.

Bei der gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung ist ja schon deutlich geworden, dass Maßnahmen, wenn sie vor Ort in Bayern wirken sollen, niemals alleine gedacht werden dürfen, sonst laufen sie vor die Wand.

Zur Koordination gehört unbedingt das barrierefreie Bauen.

Der demografische Wandel bringt es mit sich, dass immer mehr Ältere in Bayern leben werden. Mit dem Alter, das gehört nun mal dazu, nimmt die körperliche Leistungsfähigkeit ab, die Wahrscheinlichkeit für chronische Erkrankungen, Behinderungen oder Pflegebedürftigkeit nimmt zu. Doch das Wohnumfeld vieler Betroffener passt oft nicht zu den Erfordernissen des Alters.

Der Bedarf an barrierefreiem Wohnraum wächst, und viele Betroffene möchten selbst aktiv werden. Es gibt Fördergelder von bis zu 10.000 Euro für den barrierefreien Umbau der Wohnung, um das Leben zu Hause auch bei Pflegebedürftigkeit und Behinderung so lange wie möglich sicherzustellen.

Doch seit Monaten ist in Bayern ein riesiger Antragsstau für Fördergelder zu beklagen. Bis vor kurzem sah es sogar so aus, als würden dieses Jahr gar keine Gelder mehr ausbezahlt. Die Krux: Die Betroffenen müssten eigentlich sofort mit dem Umbau anfangen, wenn ein Pflegefall eintritt. Doch wer ohne Förderzusage mit den Baumaßnahmen beginnt, bekommt kein Geld. Auch nicht im Nachhinein für eingereichte Rechnungen. Davon berichten uns viele VdK-Mitglieder. Sie können aber nicht ungewiss Wochen oder Monate warten, ob eine Zusage kommt. Viele können sich eine Eigenfinanzierung nicht leisten und würden angesichts ihrer Einkommens- und Vermögensverhältnisse auch kein Bankdarlehen dafür bekommen.

Der VdK Bayern hat sich deshalb im April an den zuständigen Bauminister Christian Bernreiter gewandt und das Problem geschildert. Erst vor kurzem haben wir dazu eine maximal nichtssagende Antwort erhalten. Theoretisch gibt es diese Förderung also noch, das lesen wir daraus, praktisch warten viele unserer Mitglieder immer noch vergeblich.

Wir fordern, dass das Programm für Betroffene zuverlässig in Anspruch genommen werden kann. Solche Maßnahmen sind ein essenzieller Beitrag zur Sicherung der Pflegeinfrastruktur. So können Pflegebedürftige weiterhin gut zu Hause leben – was dem Wunsch fast aller Menschen entspricht.

Barrierefreie Nachrüstungen sind wichtig. Doch Barrierefreiheit muss dringender denn je bei jeder Baumaßnahme von Vornherein eingeplant werden. Der VdK Bayern fordert, die Bayerische Bauordnung endlich anzupassen und eine Verpflichtung zur Barrierefreiheit für Neubauten einzufügen.

Die Erfahrung zeigt, dass Nachbesserungen in der sozialen Infrastruktur – nicht nur bei der Barrierefreiheit – immer mehr kosten, als wenn von vornherein im Großen und Ganzen gedacht wird.

Zu so einer Politik des Großen und Ganzen möchte ich die Staatsregierung ermuntern. Der VdK Bayern als größter Sozialverband unterstützt gerne bei der Ausarbeitung des Fitnessprogramms für eine zukunftsfähige soziale Infrastruktur. Ob Kraft, Kondition oder Koordination – wir haben viele gute Trainingstipps.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.